

Geschäftszahlen:

BMWKMS: 2025-1.061.632

BMB: 2025-1.051.949

BKA: 2026-0.017.455

**42/4.1**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### Tagung des Rates für Bildung, Jugend, Kultur und Sport in Brüssel am 27./28. November 2025

Am 27. und 28. November 2025 fand in Brüssel die Tagung des Rates Bildung, Jugend, Kultur und Sport statt.

Österreich war im Rat durch Herrn Bundesminister Christoph Wiederkehr (Teil Bildung) und DPR Bot. Franz Wirtenberger (Teil Jugend/Sport) sowie Herrn Vizekanzler und Bundesminister Andreas Babler (Teil Kultur/Medien) vertreten.

Der dänische Minister für Kinder und Bildung Mattias Tesfaye führte für die Teile „Bildung und Jugend“ und der dänische Kulturminister Jakob Engel-Schmidt für die Teile „Kultur und Sport“ den Vorsitz. Die Europäische Kommission war durch Roxana Mînzatu (EU-Kommissarin für Bildung, hochwertige Arbeitsplätze und soziale Rechte) für die Teile „Bildung und Jugend“ und durch Glenn Micallef (EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport) für die Teile „Kultur und Sport“ vertreten.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

### Tagung des Rates – Teil Bildung

- Der Rat nahm den Fortschrittsbericht zur Erasmus+ Verordnung (2028-2034) zur Kenntnis. Der Bericht fasst den bisherigen Verhandlungsverlauf zusammen und verweist auf Kernelemente der Diskussion. Der Vorsitz hat im Verlauf der Verhandlungen zwei Kompromisstexte ausgearbeitet. Der Vorschlag zu Erasmus+ wurde grundsätzlich begrüßt und Mitgliedstaaten zeigten ihre allgemeine Unterstützung für den Verordnungsentwurf. Im aktuellen Kompromisstext ist der Artikel zur Komitologie wieder aufgenommen, der das Mitspracherecht der

Mitgliedstaaten im Laufe der siebenjährigen Programmumsetzungen stärkt. Darüber hinaus wurden zwei neue Artikel hinzugefügt, um die Sichtbarkeit der Bereiche Jugend und Sport zu erhöhen.

- Der Rat nahm den Sachstandsbericht zur Entschließung zum zweiten Zyklus des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum (2026-2030) zur Kenntnis. Der dänische Vorsitz gibt darin einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen. Mit der Entschließung wurden neue strategische Prioritäten für die Europäische Bildungszusammenarbeit für den zweiten Zyklus von 2026 bis 2030 verhandelt, die die Bereiche Grundkompetenzen, digitale Kompetenzen, Demokratiebildung, lebenslanges Lernen und Mobilität, Berufe in Bildung und Ausbildung, Berufsbildung und Hochschulbildung umfassen. Die 2021 festgelegten EU-Zielwerte wurden außerdem überarbeitet und ergänzt sowie die bestehenden *Governance*-Strukturen gestärkt. Aufgrund der Ablehnung Ungarns konnte die Entschließung nicht wie geplant beim Rat gebilligt werden. Es ist vorgesehen, die Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt wiederaufzunehmen.
- Im Anschluss führte der Rat eine Orientierungsaussprache zum Thema „Die Rolle der beruflichen Aus- und Weiterbildung für Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz“. Die Ministerinnen und Minister diskutierten darüber, wie Arbeitsmarktrelevanz, Qualität, Inklusion, Attraktivität sowie das Geschlechtergleichgewicht im Berufsbildungsbereich verbessert werden können. Bundesminister Christoph Wiederkehr betonte, dass sich über 75% der Schülerinnen und Schüler in Österreich für eine berufsbildende Ausbildung entscheiden und die Berufsbildung stark ausgebaut, vielseitig und praxisorientiert ist. Er hob außerdem hervor, dass das Regierungsprogramm eine Fachkräftestrategie mit drei Säulen vorsieht: Eine Qualifizierungsoffensive, die Stärkung von Lehre und Berufsbildung und ein erleichterter Zugang für internationale Fachkräfte. Der MINT-Aktionsplan aus 2023 fasst darüber hinaus Maßnahmen zusammen, um MINT-Talente auf dem gesamten Bildungsweg zu fördern. Aktuelle Herausforderungen sind laut Bundesminister Christoph Wiederkehr beispielsweise die digitale und grüne Transformation sowie ein Bedarf an flexibleren Arbeitszeitmodellen. Bundesminister Christoph Wiederkehr hob auch hervor, dass Basiskompetenzen, überfachliche Kompetenzen und Schlüsselkompetenzen essenziell für den Ausbildungserfolg sind und die Maßnahmen für Chancengerechtigkeit und Qualifizierung von inklusiven Förder- und Beratungsangeboten bis hin zu zielgruppenorientierten Weiterbildungen reichen.
- Abschließend wurden folgende Informationspunkte unter TOP „Sonstiges“ behandelt:
  - Die Europäische Kommission präsentierte den Jahresfortschrittsbericht 2025 über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung.

- Lettland informierte über seine Prioritäten im Rahmen des Vorsitzes der Europäischen Schulen im Schuljahr 2025/2026.
- Frankreich, unterstützt von Italien, Polen, Slowakei, Slowenien und Spanien, informierte über die Gewährleistung der Nachhaltigkeit der Allianzen der Initiative „Europäische Hochschulen“.
- Zypern stellte das Arbeitsprogramm für seinen kommenden Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2026 vor.

## **Tagung des Rates – Teil Jugend**

- Im Rahmen der öffentlichen Orientierungsaussprache zu „Stärkung der Resilienz junger Menschen durch Erasmus+ 2028-2034“ hielt Botschafter Franz Wirtenberger fest, dass Europa von seiner Jugend – ihrem Mut, ihrer Neugier und ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – lebe. Wenn Österreich über die Zukunft von Erasmus+ 2028-2034 spreche, würde deshalb nicht nur über ein EU-Bildungsprogramm, sondern über ein Zukunftsversprechen für Europa sprechen. Resilienz entstehe nicht allein durch Wissensvermittlung, sondern durch gemeinsame Erfahrungen, die verbinden. Besonders das Europäische Solidaritätscorps habe gezeigt und in Studien belegt, wie resilient junge Menschen werden, wenn sie Verantwortung übernehmen dürfen. Evaluierungen würden eine klare Sprache sprechen: Freiwilligendienstprojekte und die Jugend-Mobilitäten in ERASMUS+ JUGEND würden die höchsten Werte erzielen, wenn es um Beteiligung, Integration und demokratisches Engagement gehe. Jugendliche würden erleben, dass Europa sie höre und ihre Ideen unterstütze. Und genau dieses Erlebnis stärke die demokratische Resilienz. Deshalb sollte im neuen Programm ein klarer Schwerpunkt auf Jugend, Teilhabe und Integration gesetzt werden.
- Ein zweiter zentraler Baustein sei der EU-Jugenddialog. Er schaffe Räume, in denen junge Menschen erfahren, dass demokratische Teilhabe mehr sei, als wählen zu gehen – sie lebe vom Dialog, vom Mitgestalten, vom Ernstnehmen ihrer Stimmen. Österreich habe hier auf nationaler Ebene gute Erfahrungen gemacht, der Jugenddialog sei auf nationaler und regionaler Ebene breit verankert. Damit der Jugenddialog auf EU-Ebene seine volle Wirkung entfalten könne, brauche er aus österreichischer Sicht Stabilität, Sichtbarkeit und Rückkopplung: eine verlässliche Finanzierung für Kontinuität, gemeinsame Qualitätsstandards für die Partizipation und vor allem eine klare Rückmeldung, wie die Beiträge der Jugendlichen in politische Entscheidungen einfließen.

- Der dänische Vorsitz informierte anschließend über die Diskussion des informellen Frühstückstreffens mit Jugendlichen, bei dem die Bedeutung der Förderung der Resilienz und des Engagements von jungen Europäerinnen und Europäern im Zentrum stand.

## **Tagung des Rates – Teil Kultur, Audiovisuelles und Medien**

- Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zur strategischen Rolle von Kultur, Kulturerbe und audiovisuellen Werken für die Wahrung der europäischen Werte und der demokratischen Resilienz. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission werden darin aufgefordert, Maßnahmen im Hinblick auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt, die künstlerische Freiheit, den Zugang zu Kultur sowie den Schutz des kulturellen Erbes auf nationaler und europäischer Ebene zu unterstützen. Zudem wird Augenmerk auf die Unterstützung des ukrainischen Kultursektors gelegt.
- Die Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Zugang zu zuverlässigen Nachrichten im Rahmen des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie, der am 12. November 2025 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde, wurden von 26 Mitgliedstaaten unterstützt. Nur Ungarn lehnte die Zustimmung wegen pauschaler Einwände gegen ein Tätigwerden der EU auf diesem Gebiet ab. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten werden dazu eingeladen, in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen Maßnahmen zu ergreifen bzw. Optionen auszuloten, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit, Sichtbarkeit und Resilienz von nach journalistischen Standards erstellten Nachrichten – auch im digitalen Umfeld – zu stärken. Bundesminister Andreas Babler forderte Online-Plattformen, die Medieninhalte kuratieren, stärker zur Verantwortung zu ziehen, um fairere Wettbewerbsbedingungen zwischen Mediendiensten und Online-Plattformen zu schaffen.
- Der dänische Vorsitz präsentierte einen Fortschrittsbericht zu den seit September 2025 laufenden Verhandlungen zu „AgoraEU“ 2028-2034. Der Programmvorschlag der Europäischen Kommission sehe mehr Flexibilität in der Gestaltung und Umsetzung des neuen EU-Förderprogramms für Kultur, Medien und Zivilgesellschaft vor. Während die Mitgliedstaaten die Programmfusionierung von „*Creative Europe*“ und „*Citizens, Equality, Rights and Values*“ unisono begrüßen, wurden vor allem das fehlende Komitologieverfahren und die Unsicherheit für die Kultur- und Kreativbranche und die nationalen Beratungsstellen (Programme Desks) beanstandet. Diesbezügliche Textvorschläge des Vorsitzes wurden mehrheitlich unterstützt. Österreich forderte eine stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten, Niederschwelligkeit für kleine NGOs,

einfachere Antragstellung, transparente Qualitätskriterien, schnellere Förderentscheidungen sowie Fair Pay als Bedingung.

- Unter den sonstigen Informationspunkten stellte die Europäische Kommission die beiden Initiativen „Ein Kulturkompass für Europa“ und „Der Europäische Schutzschild für die Demokratie“ sowie den Jahresfortschrittsbericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung vor. Der Vorsitz gab einen Rückblick auf die informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Kultur und Medien am 3.-4. November 2025 in Kopenhagen und Spanien auf die Mondiacult-Konferenz von 29. September bis 1. Oktober 2025 in Barcelona. Vorgestellt wurden die Kulturhauptstädte Europas Trenčín 2026 in der Slowakei, Oulu 2026 in Finnland und Löwen 2030 in Belgien, die polnischen Kulturhauptstädte 2026-2028 sowie die Hauptstädte des Mittelmeerraums für Kultur und Dialog 2026, Matera in Italien und Tetuan in Marokko. Mit Hinweis auf aktuelle geopolitische Konflikte rief Luxemburg zur Freiheit des künstlerischen Ausdrucks auf, Spanien plädierte für den Schutz des kulturellen Erbes im Gazastreifen, Deutschland gegen die Antidiskriminierung von jüdischen Künstlerinnen und Künstlern und Slowenien für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten. Frankreich und Deutschland möchten die „Europäisierung“ von ARTE vorantreiben, um eine europäische Plattform mit europäischen Ko-Produktionen im globalen Wettbewerb zu forcieren.
- Abschließend gab Zypern eine Vorschau auf seinen Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2026, wobei die Verhandlungen zu „AgoraEU 2028-2034“ sowie zur geplanten *“Joint Declaration on Europe for Culture – Culture for Europe”* im Vordergrund stehen werden. Das informelle EU-Treffen der Kulturministerinnen und -minister am 5.-6. März 2026 in Zypern ist dem Kampf gegen den illegalen Kulturgüterhandel gewidmet. Die nächste Ratstagung findet am 12. Mai 2026 in Brüssel statt.

## **Tagung des Rates – Teil Sport**

- Der Rat nahm die „EntschlieÙung zur Überprüfung der Vertretung der EU-Mitgliedstaaten im WADA-Stiftungsrat und der Koordinierung der Standpunkte der EU-Mitgliedstaaten vor den WADA-Sitzungen“ einstimmig an. Der 42-köpfige Stiftungsrat (*Foundation Board*) ist das höchste Entscheidungsgremium der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA). Die Vertretung der EU im WADA Foundation Board besteht aus drei Sitzen. Die oben genannte EntschlieÙung regelt das Verfahren zur Sitzverteilung, Berichterstattung und Koordinierung hinsichtlich der Sitzungen im Stiftungsrat und der CAHAMA, dem Ad hoc Komitee für die Welt-Anti-Doping-Agentur beim Europarat. Die letzte Überarbeitung der EntschlieÙung wurde vom schwedischen

Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2023 durchgeführt. Die im Zuge des diesjährigen Überarbeitungsprozesses vorgenommenen Änderungen betreffen insbesondere formale Regelungen hinsichtlich der Zusammensetzung der Vertretung der EU. So sah die alte Regelung vor, dass ein Sitz dem amtierenden, ein Sitz dem zukünftigen Trio und der dritte Sitz einem „Experten auf Ministerienebene bzw. Experten auf Ministerienebene“ zukommen sollte. Die neue Regelung sieht nunmehr vor, dass nur noch ein Sitz auf das amtierende oder zukünftige Trio (Ministerinnen bzw. Minister oder Staatssekretärin bzw. Staatssekretär) entfällt und die beiden übrigen Sitze mit „Repräsentanten auf Ministerienebene“ (Ministerinnen bzw. Minister oder Staatssekretärin bzw. Staatssekretär) besetzt werden. Darüber hinaus kam es zu Änderungen hinsichtlich der Aufgabenverteilung wie beispielsweise der Berichterstattung an die Ratsarbeitsgruppe Sport durch die Vertretung des Trios. Weiters wurde das Intervall für die zukünftige Überarbeitung der Entschließung von zwei auf vier Jahre erhöht.

- Der Gedankenaustausch fand zum Thema „Demokratie und Transparenz im Sport“ statt. Basierend auf zwei Leitfragen tauschten sich die Europäische Kommission, vertreten durch EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport Glenn Micallef, und die EU-Sportministerinnen und Minister über Unterstützungsmöglichkeiten seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für internationale Sportverbände bei der Stärkung von Demokratie, Transparenz und Integrität aus. Weiters stand die Frage nach Möglichkeiten der Stärkung des europäischen Sportmodells durch die EU und die Mitgliedsstaaten sowie die Verhinderung von sogenannten „Breakaway-Leagues“ und die Abwanderung europäischer Wettbewerbe im Fokus. Österreich hob dabei hervor, dass Sport auf nationaler, wie internationaler Ebene ein wirksamer Hebel für soziale Veränderung sei und zentrale europäische Werte sichtbar und erlebbar mache. Für die Umsetzung eines europäischen Wertesystems im Sport seien geeignete Strukturen und Mechanismen nötig. Auch wenn *Good Governance* bereits in den vergangenen Jahren im Fokus vieler Bestrebungen auf EU-Ebene stand, sei der Bedarf für klare EU-weite Leitlinien und deren aktive Kommunikation gegeben. Für die Entwicklung eines tragfähigen europäischen Sportmodells sei die Stärkung regionaler und nationaler Vereinsstrukturen zentral, da diese das Fundament des europäischen Sportsystems bilden. Zudem brauche es eine verstärkte Einbindung und höhere Wertschätzung der Freiwilligen und die Solidarität zwischen Breiten- und Spitzensport müsse ebenso gefestigt werden. Weiters sprach sich Österreich unter anderem für eine europaweit einheitliche Definition der sozialen Verantwortung des Sports aus, die auf gemeinsamen europäischen Werten basieren sollte.

- Unter den sonstigen Informationspunkten berichtete die italienische Delegation vor dem Hintergrund der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Milano/Cortina 2026 über den olympischen Frieden als Instrument zur Stärkung von Frieden und Völkerverständigung. Darüber hinaus präsentierte die Delegation Zyperns ihr Arbeitsprogramm für den kommenden EU-Ratsvorsitz.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Februar 2026

Andreas Babler, MSc  
Vizekanzler und  
Bundesminister

Claudia Bauer  
Bundesministerin

Christoph Wiederkehr,  
MA  
Bundesminister